

# *Freiheit ist selbstbestimmtes Leben ohne Angst* *Unsere Zukunft im ehrenhaften Miteinander im Geist des Ting*

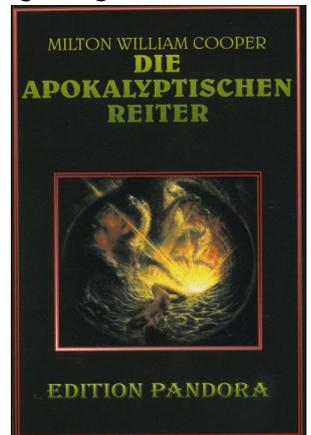


Liebe Freunde,

Drogenverbindungen der US-Regierung=> Teil 10

ich möchte Euch weitere Seiten aus dem Buch - German Print 1996 - mitgeben:

Wort-Zitat: Seit 1984 habe ich immer und immer wieder gesagt, daß George Bush und andere aus seiner Umgebung, einschließlich des sogenannten "Pink-Teams", direkt in den Drogenhandel mit Kokain aus Zentralamerika verwickelt waren. In HOPE'S HUSBAND nannte ich die Firmen in Costa Rica, die direkt in diesen Drogenhandel verwickelt waren. Sie verwendeten Fischerboote zum Shrimpsfang, in denen das Kokain zusammen mit den Shrimps eingefroren war. Im gleichen Buch berichtete ich von dem geheimen Segelkurs-Code, der gewährleistete, daß die CIA-eigenen Fischerboote nicht von der US-Küstenwache abgefangen wurden. Ich wollte immer wissen, wo George Bush und seine Verwandten und Freunde soviel Geld zu ihrem eigenen persönlichen Profit anlegen würden. Es wäre sehr schwierig, es in US-amerikanischen Banken unterzubringen, da jemand, der ihnen nicht wohl gesonnen ist, dies ausplaudern könnte. Nun war Panama bis zum 20. Dezember 1989 einer der besten Steuerhäfen der Welt. George Bush, dem die Freundschaft mit Noriega Verschwiegenheit in finanziellen Angelegenheiten sicherte, würde seine Millionen an illegalen Drogenprofiten gleich dort in Panama auf geheimen Bankkonten, aber auch in Geschäfts- und Tourismusanlagen lassen. Wir wissen auch, daß Panama, obwohl die Invasion den illegalen Drogenhandel stoppen sollte, nicht jene riesigen Gelddepots in panamaischen Banken offenlegen wird, sogar dann nicht, als es angeblich von den Vereinigten Staaten deswegen unter Druck gesetzt wurde. Daraus erkennen wir, daß Noriegas Freunde noch immer die volle Kontrolle in Panama ausüben. Senator John Kerry (D, Mass.) hat ausführliche Anhörung über die Geldwäscheangelegenheiten und die Verwendung panamaischer Banken für Drogenoperationen abgehalten und behauptet in den NEW YORK TIMES, daß er "darüber sehr beunruhigt" ist. Trotzdem hat er nicht vor, etwas dagegen zu unternehmen. 1988, als die USA ein Wirtschaftsembargo gegen Panama verhängt hat, um die Geldwäscherei zu unterbinden? Diese Sanktionen sind stillschweigend aufgehoben worden. Wenn die Invasion wirklich den Drogenhandel und die illegale Geldwäsche beenden hätte sollen, wären die Sanktionen verstärkt anstatt reduziert worden. Mit dem 26. März aber haben nun die Vereinigten Staaten 480 Millionen Dollar freigegeben, die während Noriegas Herrschaft eingefroren waren. Panama hat das Geld erhalten, die panamesischen Bürger aber nicht davon unterrichtet. Anstatt den wirtschaftlichen Druck auf Panama zu erhöhen, hat also der Kongreß gerade die erste Zahlung von 42 Millionen Dollar genehmigt, die als Teil eines 1 Milliarde-Dollar-Hilfspaketes der USA nach Panama geschickt werden. Wir haben so eine Ahnung, daß ein Teil dieses Geldes die Investitionen der Bush-Familie in Panama schützen und den Tourismus in Panama wieder populär machen soll, so daß die Hotelketten und Erholungsorte von Bush wie geplant Geld bringen. Der von Bush handverlesene neue Präsident von Panama ist Guillermo Endura. Die Tatsache bleibt bestehen, daß Endura der Präsident einer panamesischen Bank ist, die ausschließlich von dem kolumbianischen Drogenkartell von Medellin benutzt wird. Seien Sie nicht so naiv, zu glauben, daß sich irgend etwas geändert hat.



Der von George Bush handverlesene Vizepräsident von Panama ist Guillermo Ford, nebenbei Vorsitzender des Bankenausschusses von Panama. Zufällig ist er auch Anteilseigner der Dadeland Bank of Florida, die in einem Gerichtsfall vor zwei Jahren als zentrale Institution für die Drogenkartelle bezeichnet wurde. Der von George Bush handverlesene Justizminister von Panama ist Rogello Cruz, laut den NEW YORK TIMES einer der Bosse des kolumbianischen Drogenkartells von Cali. In der Geschichte mag es später heißen, daß George Bush der gefährlichste Mann war, der jemals als Präsident der Vereinigten Staaten diente. Am 8. Februar 1990 brachten die ABC-Abendnachricht einen Bericht über die Zeugenaussage von Senator Harry Reid ( NV) im Kongreß, der beklagte, daß die Ölgesellschaften mit Sitz in den USA keinen Bestimmungen bezüglich der Verschiffung von Chemikalien unterworfen sind,

die zur Herstellung illegaler Drogen benötigt werden. Zwei dieser Chemikalien sind Äthylen und Äthyläther. Die Ölgesellschaften, mit ihren chemischen Tochterfirmen Exxon, Chevron und Shell, schicken diese Chemikalien nach Lateinamerika, im vollen Bewußtsein, daß dies deren einziger kommerzieller Verwendungszweck dort ist. Präsident Bush hat sich geweigert, einen Exekutivbefehl zu unterzeichnen, der die Verschiffung dieser Chemikalien unterbindet oder einschränkt. Die NEW YORK TIMES vom 2. 10. 90 berichtet, daß der kolumbianische Präsident Barco verlangte, daß Bush die Verschiffung dieser "Drogenchemikalien" in sein Land stoppe. Auch die Führer von Peru und Bolivien haben verlangt, daß diese von den Vereinigten Staaten ausgehende Chemikalien gestoppt werden. Diesen Monat erhielten wir zwei Briefe vom Büro der IRS. Ich behaupte weiterhin, daß ich nicht der Gesetzesprehung der legislativen Demokratie in Washington, DC, unterliege und daher keine "Person" bin, die Steuererklärungen einreichen oder Steuern bezahlen muß.

Dieser Bericht, mit dem Titel CRIMINAL POLITICS, stammt von meinem Freund Lawrence Patterson, PO Box 3812, Cincinnati, OH 45222. Er ist Finanzberater und beging aber in dieser Ausgabe, wie ich das sehe, einen kleinen Fehler betreffend dem Gesetz und dem Status eines Bürgers; Patterson behauptet auf Seite 6, daß "Drogenbesitz jetzt eine ZIVILE STRAFTAT (CIVIL CRIME) ist". Er zitiert da ganz korrekt eine Erklärung des Justizministers Thornburg von der Bush-Administration vom 12.2.89. In dieser Erklärung sagte Thornburg, daß der Besitz von über einer Unze Marihuana und über einem Gramm Heroin oder Kokain als Zivilvergehen verfolgt würde - nicht als Strafvergehen.

Erinnern Sie sich, daß ich geschrieben habe, daß die Regierung der Vereinigten Staaten am **19. Januar 1989** ohne das Wissen der Amerikaner **formal in eine Weltregierung eingegliedert** wurde? Da dies stimmt, gibt es technisch gesehen keine Gewohnheitsrechte mehr, wie sie unter der Verfassung der Vereinigten Staaten, etwa unter dem Schutz des 4. und 5. Verfassungszusatzes, garantiert werden.

Ich bin der Meinung, daß **die Weltregierung, die heimlich während des Januar 1989 errichtet wurde, ultra vires ist, also außerhalb des Gesetzes und ohne legale Stellung ist**. Deshalb beanspruche ich meine Gewohnheitsrechte als Bürger und bin kein Untertan, der sich einer Durchsuchung von Haus, Person, Papieren und Habe, ohne einen korrekt, gemäß dem 4. Verfassungszusatz, ausgestellten richterlichen Befehl, der von einem Richter in meinem Landkreis unterzeichnet ist und unter Eid den hinreichenden Verdacht für die Annahme darlegt, daß meinerseits eine kriminelle Aktivität vorliegt, unterwerfen muß. Unter dem amerikanischen Verfassungsgesetz und den Gesetzen der Staaten gibt es so etwas wie ein "Zivile Straftat" (civil crime) nicht. Jede Straftat, sogar ein harmloser Strafzettel, unterliegt von der Natur und Rechtsprechung her gesetzlich gesehen dem Strafrecht. Der einzige Rechtsfall, wo es eine zivile Straftat geben kann, oder wo ein Gericht eine solche Strafe verhängen kann, ist unter dem **internationalen Admiralitäts-/Marinegesetz**. Kraft welcher Autorität fällt ein Amerikaner, der mit einer Unze Marihuana herumspaziert, unter das internationale Seerecht? Sollte er nicht eigentlich "dem Gesetz des Landes" unterstehen?

Welches ist der einzige Weg, durch den ein Bürger der Vereinigten Staaten zu einer "Person, die dem Admiralitäts-/Marinegesetz unterworfen ist", reduziert wird? Nur durch einen Vertrag. Durch welchen Vertrag wurde ein Amerikaner einer solchen Rechtsprechung unterworfen? Es kann eine ganze Reihe von ihnen geben, deren Sie sich gar nicht bewußt sind, bis es zu spät ist, um Ihre persönlichen Angelegenheiten zu entwirren und rechtzeitig Ihre gesetzmäßigen Rechte zu verlangen. Mit allem gebotenen Respekt gegenüber meinem Freund Larry Patterson, es kann kein Bundesgesetz verabschiedet werden, das den 4. Verfassungszusatz abschafft. Wenn damit ein Amerikaner einer Durchsuchung oder Beschlagnahme ohne richterlichen Befehl gemäß dem 4. Verfassungszusatz unterworfen werden kann, muß er diese Rechte bereits durch einen Vertrag abgetreten haben oder es versäumt haben, rechtzeitig vor der Durchsuchung Widerspruch eingelegt haben.

Ich werde mir nicht die Zeit und den Platz nehmen, um all jene typischen Verträge aufzulisten, durch die Sie schon viele ihrer Gewohnheitsrechte abgetreten haben, wenn auch unabsichtlich vielleicht durch Betrug. Bei allem gegebenen Respekt gegenüber Justizminister Thornburg, bin ich keine Person, die einer Durchsuchung ohne richterlichen Befehl unterworfen ist. Ich unterstehe keiner Rechtsprechung eines Gerichtes, das eine Verfolgung für zivile Vergehen anordnen kann. Es ist keine Verletzung des amerikanischen Gewohnheitsrechtes oder des Gewohnheitsrechtes irgendeines Staates, Marihuana oder Kokain für den eigenen, persönlichen Gebrauch zu besitzen. **Ohne Opfer gibt es kein Verbrechen**. Ehe Sie nicht einer anderen Person Leben, Freiheit oder Besitztum genommen haben, ist kein Verbrechen begangen worden, unabhängig davon, was gegenteilige Gesetze und Regelungen besagen. Die meisten Amerikaner sind heutzutage (aufgrund des Vertrages zur Sozialen Sicherheit und anderer Verträge, die sie dem Seerecht unterwerfen) gesetzliche Mündel des Staates. **Wenn sie vor dem Gesetz anstatt eines freien Bürgers ein Mündel des Staates sind, dann hat der Staat die Rechtsgewalt**, sie zu einem vertragskonformen Verhalten zu



zwingen, also etwa gut auf aufzupassen. Der Staat hat die Verpflichtung, gut für das Eigentum und das Vieh in seinem Besitz zu sorgen, einschließlich der Subjekte und Personen, zu deren Fürsorge er sich vertraglich verpflichtet hat.

Ich war schon lange der Meinung, daß die **totalitären Sozialisten, zu denen Bush gehört**, dann, wenn die Wahrheit letztendlich bekannt ist, wollen, daß Drogen weiterhin verwendet werden, um die nächste Generation in Vorbereitung auf die Neue Weltordnung, die sie derzeit errichten, weich zu machen. Wenn das nicht so wäre, würden sie verhindern, daß Chemikalien zur Drogenproduktion von amerikanischen Firmen nach Lateinamerika gelangen, und die Millionen von Dollar abfangen, die von amerikanischen Banken nach Panama, Israel und anderen kooperierenden Offshore-Bank Nationen fließen. Das für die Drogenhändler eingebaute Schlupfloch aber ist, daß Offshore Geldanweisungen **nicht berichtspflichtig** sind und auch von den Banken nicht an die Regierung gemeldet werden müssen! Ein Drogenhändler kann in jede amerikanische Bank hineinspazieren, 200.000 Dollar bar auf den Tisch legen und es auf ein Bankkonto in Panama überweisen lassen, das er während seines Urlaubs dort eingerichtet hat. Er kann dann diese Bank anweisen, das Geld an genau die Bank zurückzuüberweisen, von der das Geld ursprünglich kam, und es gibt keine Berichte, die darüber gemacht werden müssen. Dies wird laufend gemacht, ohne daß irgendein Gesetz verletzt wird. Die Gelder werden auf diese Weise legal gewaschen, und es gibt über diese großen Geldtransaktionen keine Belege. Die Bush-Administration will es so. Drogen können jederzeit gestoppt werden, sobald das amerikanische Volk die Schnauze so sehr voll davon hat, daß es auf der örtlichen Szene und in lokalen Gerichten etwas dagegen unternimmt.

### DAS GEHEIMNIS VON BUSH AUFGEDECKT

Genau zehn Tage nach der illegalen Invasion Bushs Panama brachte die LOS ANGELES TIMES vom 30. Dezember 1989 eine Story über die tiefe Verstrickung der Bush-Familie panamaische Finanzangelegenheiten in der Höhe von Hunderten Millionen Dollar, die Großmutter Barbara Bush weiß alles darüber.

Als Präsident ist die Zeit von George Bush ziemlich ausgelastet. Die Investitionen der Familie werden von seinem Bruder Prescott S. Bush verwaltet und ihre Gelder über eine japanische Firma mit dem Namen Aoki Corporation gewaschen. Prescott Bush ist gemäß unseren Quellen der HAUPTPARTNER der Aoki Corporation, nicht bloß ein kleiner Aktienbesitzer. Er ist einer von jenen, die die Politik der japanischen Firma bestimmen. Diese japanische Firma und ihre Partner haben mehr als 350.000.000 Dollar in Panama investiert, ihr Besitz beinhaltet das berühmte Marriott Hotel, in dessen Umgebung vor noch nicht allzu langer Zeit Feuergefechte tobten. Sie besitzen eine Luxuserienanlage auf Contadora Island, die Caesar Park heißt - dort, wo die weltbekannten "Friedenskonferenzen für Zentralamerika" abgehalten wurden, wo Oscar Arias, der frühere Präsident von Costa Rica seinen Friedensnobelpreis gewonnen hat. Diesen Nobelpreis nie jemand erhalten, der nicht entweder ein Kommunist oder **totalitärer Sozialist** war.

Ich habe diese Geschichte als Geheimnis von Bush bezeichnet, weil er niemals irgendwelche Kapitalbindungen seiner Familie in Panama zugegeben hat. Das Gesetz fordert eine finanzielle Offenlegung, und das ist nie geschehen. Respektablere Politiker haben ihre Finanzanteile in einen blinden Trust eingebracht, so daß es keine Vorwürfe geben konnte, sie hätten ihr politisches Amt oder Insider-Informationen zur persönlichen Bereicherung benutzt. Panama ist kein Land mit einem angenehmen Klima. Es ist keiner jener Orte, an dem die Leute normalerweise ihren jährlichen Urlaub verbringen. Diese Urlaubsanlagen dort bestehen, um die Bedürfnisse der Reichen zu befriedigen, die nach Panama gehen, um dort internationale Finanzgeschäfte abzuwickeln, und je mehr Geld durch Panama fließt, auch Drogengeld, umso wertvoller werden die dortigen Besitztümer und umso mehr Geld resultiert aus den Investitionen. Jemand mit einer Menge politischem Einfluß hat diese Story über die Bush-Investitionen in Panama unterdrückt. Die gleiche Aoki Corporation baut derzeit eine Luxus-Ferienanlage bei Shanghai; in dieses Projekt hat die Bush-Familie 18 Millionen Dollar investiert. Genau das ist der Grund, warum sich die US-Politik gegenüber Rotchina nach dem Massaker an friedliebenden chinesischen Studenten vom Tiananmen-Platz kein bißchen geändert hat.



Im Januar erwähnte ich eine 4-Millionen-Doll Bestechung, die Noriega von der Aoki Corporation für die Genehmigungen zum Bau der panamaischen Wasserkraftwerke erhielt: diese Bestechung durch die Aoki Corporation war von der Bush-Familie arrangiert worden und an General Manuel Noriega für eine Sondergenehmigung dieses Kraftwerksprojekt bezahlt wurde. Das Bestechungsgeld war angenommen worden, aber die Genehmigung nicht wie versprochen ausgestellt. Das erzwang einen Showdown zwischen der Aoki Corporation und Noriega oder genauer, einen Willenskampf zwischen Noriega und der Bush-Familie. Sie müssen verstehen, daß Noriega von unten kommt. Er hat versteht die tieferen Hintergründe der Welt-Machtelite nicht. Er dachte, er hätte die Kontrolle über alles was in Panama geschieht, und als die Auseinanderset-

zung ihren Höhepunkt erreichte, ging das Gerücht, daß Noriega dabei war Teile oder die Gesamtinvestition von 350.000.000 Dollar der Aoki Corporation zu "nationalisieren", als Rache für die Anklageerhebung gegen ihn in Florida. Er sah dies als einen Verrat seines Freundes George Bush an ihm an. Er verstand nicht, daß Bush keine Kontrolle über diese Anklageerhebung hatte und daß sobald sie einmal draußen war, wenig unternehmen konnte, ohne seine Maske als "Anführer des Krieges gegen die Drogen" verlieren.

Es ist eine offensichtliche Tatsache, daß die Invasion in Panama von unserem Präsidenten ausgeheckt wurde; nicht weil er über den in Panama stattfindenden Drogenhandel besorgt ist, sondern um die 350-Millionen-Dollar-Investition seiner Familie ins Marriott und in andere Anlagen zu schützen... Alleine aus diesem Grund wurde die Entscheidung gefällt, in Panama einzumarschieren... Uns bleibt also die offensichtliche Schlußfolgerung, daß die 26 Mann, die im Gefecht starben, und die 324, die verwundet wurden, um Noriega für George Bush zu fangen, auf eine persönliche Mission dorthin geschickt wurden, um eine potentielle Bedrohung für die Präsidentschaft zu eliminieren und die Investitionen der Bush-Familie zu schützen und nicht um den Fluß von Drogen in die Vereinigten Staaten unter Kontrolle zu bringen." CRIMINAL POLITICS, Februar 1990

wiki/4. Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten  
Englisch:

*The right of the people to be secure in their persons, houses, papers, and effects, against unreasonable searches and seizures, shall not be violated, and no Warrants shall issue, but upon probable cause, supported by Oath or affirmation, and particularly describing the place to be searched, and the persons or things to be seized.*

Deutsch:

*Das Recht des Volkes auf Sicherheit der Person und der Wohnung, der Urkunden und des Eigentums vor willkürlicher Durchsuchung, Festnahme und Beschlagnahme darf nicht verletzt werden, und Haussuchungs- und Haftbefehle dürfen nur bei Vorliegen eines eidlich oder eidesstattlich erhärteten Rechtsgrundes ausgestellt werden und müssen die zu durchsuchende Örtlichkeit und die in Gewahrsam zu nehmenden Personen oder Gegenstände genau bezeichnen.*

Der Originaltext der US-Verfassung rief einigen Widerstand hervor, weil er die Bürgerrechte nicht angemessen garantierte. Als Antwort darauf wurde 1789 der vierte Verfassungszusatz, zusammen mit dem Rest der Bill of Rights, vom [US-Kongress](#) vorgeschlagen. Am 15. Dezember 1791 war die Bill of Rights von der notwendigen Anzahl an Bundesstaaten [ratifiziert](#) und damit verabschiedet worden.

wiki/5. Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten

Englisch:

*No person shall be held to answer for a capital, or otherwise infamous crime, unless on a presentment or indictment of a Grand Jury, except in cases arising in the land or naval forces, or in the Militia, when in actual service in time of War or public danger; nor shall any person be subject for the same offence to be twice put in jeopardy of life or limb; nor shall be compelled in any criminal case to be a witness against himself, nor be deprived of life, liberty, or property, without due process of law; nor shall private property be taken for public use, without just compensation.*

Deutsch:

*Niemand darf wegen eines Kapitalverbrechens oder eines sonstigen schimpflichen Verbrechens zur Verantwortung gezogen werden, es sei denn auf Grund eines Antrages oder einer Anklage durch ein Großes Geschworenengericht. Hiervon ausgenommen sind Fälle, die sich bei den Land- oder Seestreitkräften oder bei der Miliz ereignen, wenn diese in Kriegszeit oder bei öffentlichem Notstand im aktiven Dienst stehen. Niemand darf wegen derselben Straftat zweimal durch ein Verfahren in Gefahr des Leibes oder des Lebens gebracht werden. Niemand darf in einem Strafverfahren zur Aussage gegen sich selbst gezwungen noch des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne vorheriges ordentliches*



Peter - lebend für den Ting und gemäß dem göttlichen, ewigen Recht: dem Naturrecht  
Freeman on the land - ein freier Mensch auf dieser Erde - <http://www.freemanontheland.de>  
<http://www.tingg.eu> <http://www.freiheitistselbstbestimmtesleben.de> { S.: 4 }

*Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz beraubt werden. Privateigentum darf nicht ohne angemessene Entschädigung für öffentliche Zwecke eingezogen werden.*

Was kann dies für die unter bundesdeutscher treuhänderischer Zentralverwaltung Stehenden bedeuten ?

- 1.) wir haben quasi einen Nachweis, daß unsere A. Merkel von der seit Januar 1989 heimlich errichteten Weltregierung „beauftragt“ ist, den totalitären Sozialismus in Europa einzuführen !
  - 2.) das seit den Achtziger Jahren in USA gilt bereits für die meisten Amerikaner sind gesetzliche Mündel des Staates sind - aufgrund des Vertrages zur Sozialen Sicherheit und anderer Verträge sind sie dem Seerecht unterworfen.  
Da USA die Hauptsiegermacht ist, sind auch alle treuhänderisch Verwalteten diesen Gesetzen unterworfen; d.h. alle sind an Stelle freien Bürger zu sein, Mündel des Staates - damit hat der Staat die Rechtsgewalt, jeden zu einem vertragskonformen Verhalten zu zwingen !
  - 3.) Es gibt i.d.R. keine Verletzung des Rechtes irgendeines Staates und ohne Opfer gibt es kein Verbrechen. Wer bitte ist das Opfer, bei einer Geschwindigkeitsübertretung, wenn man allein auf der ganzen Straße unterwegs ist ? - sogar der Radarkasten hat's überlebt.
  - 4.) W. Cooper behauptet, daß er keiner Gesetzesprechung der legislativen Demokratie in Washington, DC, unterliegt und daher keine "Person" ist (die Steuererklärungen einreichen oder Steuern bezahlen muß). Also existiert eine direkte Kopplung zwischen der Unterwerfung unter eine Gesetzesprechung und dem Status einer Person.
  - 5.) Wir haben hier eine negative Verknüpfung von Rechtsgeschäften nach amerikanischen Verfassungsgesetz und römisches Recht. Gemäß USA gibt es keine "Zivile Straftat" (civil crime) ; alles ist eine Straftat ( wie kann es dann OWiG neben StPO geben?) und unterliegt von der Rechtsprechung her dem Strafrecht. Wenn also der einzige Rechtsfall, wo es eine zivile Straftat geben kann unter dem internationalen Admiraltäts-/Marinegesetz. vorgegeben ist, ist damit zweifelsfrei bewiesen, daß „citizenship“ (wiki: *Citizenship* denotes the link between a person and a state or an association of states. ) heißt: wir befinden uns auf dem Ozeanriesen BRD im internationalen Seerecht statt HLKO = Landrecht "dem Gesetz des Landes".
  - 6.) wenn man nur durch einen Vertrag dem Admiraltäts-/Marinegesetz unterworfen werden kann, welcher Vertrag hat dies bewirkt ? Die Ausstellung des PerSo ? Kann es eine stillschweigende Unterwerfung unter solch eine Rechtsprechung geben? - steht dies mehr in Verbindung mit Staatenlosigkeit bzw. dem herrschenden Kriege recht ----- oder wirkt hier nicht eher die zwingend aufrecht zu erhaltende Feindstaatenklausel ?? !!
- Vlt. ist es gar kein Vertrag des Bürgers, der sowieso niemand in der BRD ist, sondern ist es nicht eher ein Vertrag der BRD Treuhandverwaltung mit den 3 Mächten ?

Die Dreimächtekonferenz von Berlin Potsdam, 2. August 1945

Sowjetunion, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten

III. Deutschland A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das *Kontrollsystem* in Deutschland wird die *höchste Regierungsgewalt* in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik .. ausgeübt, Souveränes Deutschland ?

Wenn die Bewohner des Bundesgebietes entmündigt sind, dann sind dies auch alle Beamte, Politiker, ... und nicht nur die Flüchtlinge im eigenen Land. Als Mündel der 3 Staaten / Mächte, welche die BR installiert haben, sind diese ebenso wenig frei, wie alle anderen - wie soll also ein unfreies 3 Mächte - Mündel { inkl. Richter, Staatsanwalt, .. } Entscheidungsbefugnis besitzen können ? - in keinem Gerichtsverfahren ist dies gegeben.

Auch kann so jemand keinem irgendetwas mit Rechtskraft bescheinigen / beenden, da ja entmündigt und unfrei ! - Tja: die 1 Weltregierung hat die Welt zu einem einzigen min. 7 Milliarden - Insassen großen Irrenhaus gemacht.



Wir wissen ..... schließlich und endlich: nur Menschen haben Rechte !

Die Entrechtung beginnt bei der Entmenschlichung und Umwandlung in Personen.

Unter Hinweis auf die supreme authority der 3 Mächte sollte man die US Verfassungszusatzartikel in Anwendung bringen:

- 4 - *Das Recht des Volkes auf Sicherheit der Person und der Wohnung, der Urkunden und des Eigentums vor willkürlicher Durchsuchung, Festnahme und Beschlagnahme darf nicht verletzt werden, und Haussuchungs- und Haftbefehle dürfen nur bei Vorliegen eines eidlich oder eidesstattlich erhärteten Rechtsgrundes ausgestellt werden und müssen die zu durchsuchende Örtlichkeit und die in Gewahrsam zu nehmenden Personen oder Gegenstände genau bezeichnen.*

- 5 - *Niemand darf wegen eines Kapitalverbrechens oder eines sonstigen schimpflichen Verbrechens zur Verantwortung gezogen werden, es sei denn auf Grund eines Antrages oder einer Anklage durch ein Großes Geschworenengericht. Niemand darf in einem Strafverfahren zur Aussage gegen sich selbst gezwungen noch des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz beraubt werden.*

Wobei wie zuvor erwähnt, bereits der 4. Verfassungszusatzartikel führt zur Unmöglichkeit der Handlung eines BRD Bediensteten, da Entmündigte nichts beeiden können, in der BRD es weder ein Großes Geschworenengericht noch ein ordentliches Gericht(sverfahren) gibt nach dem 5. Verfassungszusatzartikel.

Neben vielen anderen Gründen, ist der einfachste Nachweis die fehlende Gewaltenteilung, weshalb es kein ordentliches Gericht gibt: Grundgesetz Artikel 60 [Ernennungen und Entlassungen; Begnadigungsrecht im Einzelfall; Immunität] (1) *Der **Bundespräsident** ernennt und entläßt die **Bundesrichter**, die **Bundesbeamten**, die **Offiziere** und **Unteroffiziere**, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.*

Der Bundespräsident gehört i.d.R. einer Partei an, welche durch GG Verstoß allesamt illegal sind: §37 PartG in Verbindung mit §54 BGB { Nichtanwendbarkeit einer Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuchs § 54 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird bei Parteien nicht angewandt } führt zum einseitigen Ausschluß jeglicher Verantwortung durch einen Politiker - die BRD wird von entmenslichten, unmündigen und verantwortungslosen Personen durch Lug und Trug mittels repräsentative Demokratie regiert, die laut wiki/Repräsentative\_Demokratie: politische Sachentscheidungen werden nicht unmittelbar durch das Volk selbst, sondern durch Volksvertreter getroffen. Die Volksvertreter werden gewählt und entscheiden eigenverantwortlich.

Wie soll es sich vereinbaren lassen, daß nicht GG konform gewählte Volksvertreter mit Annahme der Wahl verpflichtet haben, eigenverantwortlich zu entscheiden, wenn auf der andere Seite, dieselben per Parteien G. jede Verantwortung ausgeschlossen haben ? - dies ist wenigstens sittenwidrig und damit alles nichtig.

Damit gibt es keine einzige rechtswirksame Gesetzesverabschiedung in der BRD, da niemals ein Parlament gesetzeskonform / GG konform zustande kam und Sittenwidrigkeit immer zu Nichtigkeit führt.

Euer Peter

PS: Bundesverfassung\_der\_Schweizerischen\_Eidgenossenschaft

Hinweis an unsere Schweizerischen Freunde: ich bin überzeugt, daß nur deshalb am 18. April 1999 (abgekürzt BV, SR 101) die erste Bundesverfassung vom 12. September 1848 aufgehoben wurde, damit der



Weg frei wurde zur Unterzeichnung der bilateralen Abkommen Schweiz-EU I in Luxemburg am 21.06.1999 !! Bilaterale II kam 2004 dazu; seitdem ist es ohne Belang, was in der Direkten Demokratie der Schweiz das Volk entscheidet - umgesetzt wird von den Schweizer Politikern, was die EU fordert - siehe dazu u.a. bereits umgesetzte Frühsexualisierung sowie das Verbot von Kräutern. Faktisch wurde mit der Bundesverfassung vom 18. April 1999 die Direkte Demokratie suspendiert und die Schweiz der EU hinzugefügt ..... oder das Schweizer Volk wurde durch seine Politiker im April 1999 oder spätestens 2004 entmenslicht und entmündigt !!